

Pressekonferenz am 9. Juli 2013

Arbeitsplätze durch Innovation

Die Studie „Innovation und Beschäftigung“ des Wirtschaftsforschungsinstituts im Auftrag der Arbeiterkammer Wien misst erstmals den Beschäftigungseffekt nicht während, sondern nach Einführung von Innovationen.

Insgesamt werden in Österreich jährlich 19.000 neue Arbeitsplätze durch Innovation geschaffen. Das sind 35 Prozent des gesamten Beschäftigungswachstums. Durch Produktinnovationen gibt es 8.000 neue Arbeitsplätze. Durch die häufiger stattfindenden Prozessinnovationen werden sogar 11.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

In der Krise besonders bedeutsam: Der Effekt ist auch bei Unternehmen feststellbar, deren Beschäftigtenzahl sinkt. Bei innovativen Unternehmen geht die Beschäftigtenzahl weniger zurück, als bei nicht-innovativen.

Und: Prozessinnovationen haben zumeist, entgegen der gängigen Meinung, keinen arbeitsplatzvernichtenden Effekt.

Gefordert wird daher eine aktive Innovationspolitik. Dazu gehört:

- + Allgemein Ankurbelung der Wirtschaft, insbesondere der Nachfrage, zur Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas.
- + Effektive und effiziente Innovations- und Forschungs- und Entwicklungsförderung.
- + Einbindung der MitarbeiterInnen.
- + Massive Investitionen in Aus- und Weiterbildung:
 - Ausbau der Fachhochschulen auf 60.000 Plätze bis 2020.
 - Als Arbeitszeit bezahlte Weiterbildung im Ausmaß von einer Woche jährlich.
 - Nutzung der neu eingeführten Bildungsteilzeit.

Es informieren Sie:

Bundesministerin Doris Bures, AK-Präsident Rudi Kaske, Wifo-Leiter Karl Aiginger

Zur Studie

In dieser Studie wurde der Einfluss unterschiedlicher **technischer Innovationsarten** auf das Beschäftigungswachstum von österreichischen Unternehmen untersucht. Diese lassen sich folgendermaßen einteilen:

- + Produktinnovationen: neue oder merklich verbesserte Produkte, die ein Unternehmen eingeführt hat (z.B. Bremsscheibe aus Keramik). Dabei muss es sich nicht um Marktneuheiten handeln, es reicht, wenn das Produkt für das Unternehmen selbst neu ist.
- + Dienstleistungsinnovationen: neue oder merklich verbesserte Dienstleistungen, die ein Unternehmen eingeführt hat (z.B. Einsatz von Telematik in Kraftfahrzeugen, erstmalige Einführung von E-Commerce)
- + Prozess-/Verfahrensinnovationen: neue oder merklich verbesserte Prozesse oder Verfahren, die in einem Unternehmen eingeführt worden sind
- + Marktneuheiten: neue oder merklich verbesserte Produkte oder Dienstleistungen, die ein Unternehmen auf dem Markt eingeführt hat

Innovation ist mehr als nur Forschung und Entwicklung (F&E). Viele Studien beziehen sich auf den viel engeren F&E-Begriff und lassen daher die Auswirkungen mancher erfolgreicher Innovationen unberücksichtigt. Die empirische Analyse basiert auf einer erstmaligen Verknüpfung von Datensätzen der Statistik Austria. Dabei wurden Daten der Europäischen Innovationserhebung (CIS = Community Innovation Survey) mit der österreichischen Leistungs- und Strukturstatistik verknüpft. Die Analyse basiert auf **3.150 Unternehmen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungsbereich** im Zeitraum **2006 bis 2008**, die im Zeitraum **2004 bis 2006** Innovationen eingeführt haben.

Es ist die erste Studie, die Beschäftigungseffekte von Innovationen nach Abschluss ihrer erfolgreichen Einführung untersucht und nicht während ihrer Einführung. Es ist auch die erste Studie in Österreich, die erstens zwischen Produkt- und Dienstleistungsinnovationen unterscheidet und auch die Beschäftigungseffekte von Innovationen für Unternehmensgruppen mit unterschiedlichem Beschäftigungswachstum untersucht (schnell wachsend, durchschnittlich wachsend, schrumpfend).

Ergebnisse

Aufgrund der Studienergebnisse lässt sich errechnen, dass durch Produktinnovationen in Österreich jährlich 8.000 Arbeitsplätze geschaffen werden - durch (häufiger stattfindende) Prozessinnovationen sogar 11.000. Das sind 35 Prozent des jährlichen Beschäftigungszuwachses.

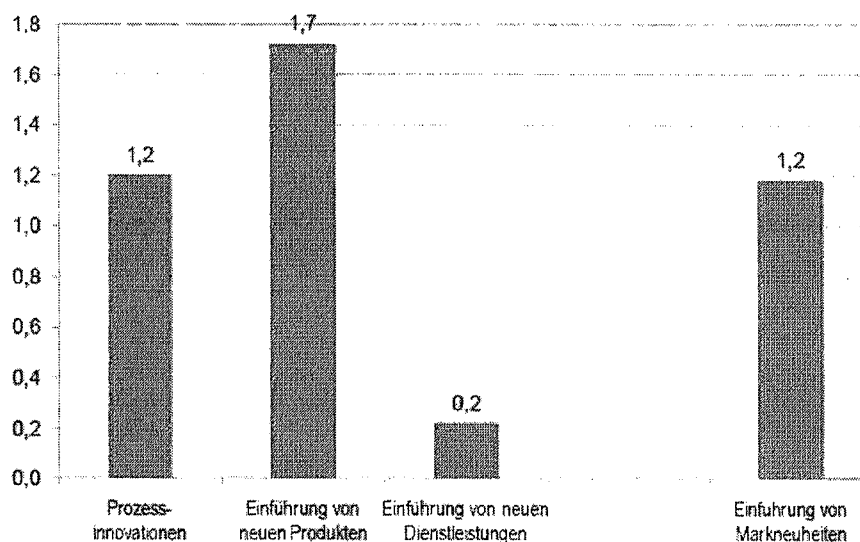
Höchste Zuwachsrate durch Produktinnovationen - neue Prozesse schaffen über Produktivitätseffekte ebenfalls Arbeitsplätze

Unternehmen, die neue oder verbesserte Produkte erfolgreich eingeführt haben, weisen in den zwei Jahren danach ein um durchschnittlich 1,7 Prozentpunkte pro Jahr höheres Beschäftigungswachstum auf als Nicht-Innovatoren.

Die Einführung von Markneuheiten bringt ein Mehr an Beschäftigung von 1,2 Prozentpunkten gegenüber Nicht-Innovatoren.

Prozessinnovationen verstärken das Beschäftigungswachstum um 1,2 Prozentpunkte pro Jahr - entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass Prozessinnovationen Arbeitsplätze „wegrationalisieren“. Die arbeitssparenden direkten Effekte (displacement effect) werden je nach Wettbewerbssituation durch die Produktivitätssteigerung (Folge: niedrigere Preise, höherer Absatz und damit mehr Beschäftigung) überkompensiert (compensation effect).

Dienstleistungsinnovationen haben hingegen kaum Beschäftigungseffekte. Eine Begründung dafür ist nicht einfach, da die Dienstleistungen eine sehr heterogene Branche darstellen. Mitunter könnte die leichtere Imitation von DL-Innovationen eine Rolle spielen.



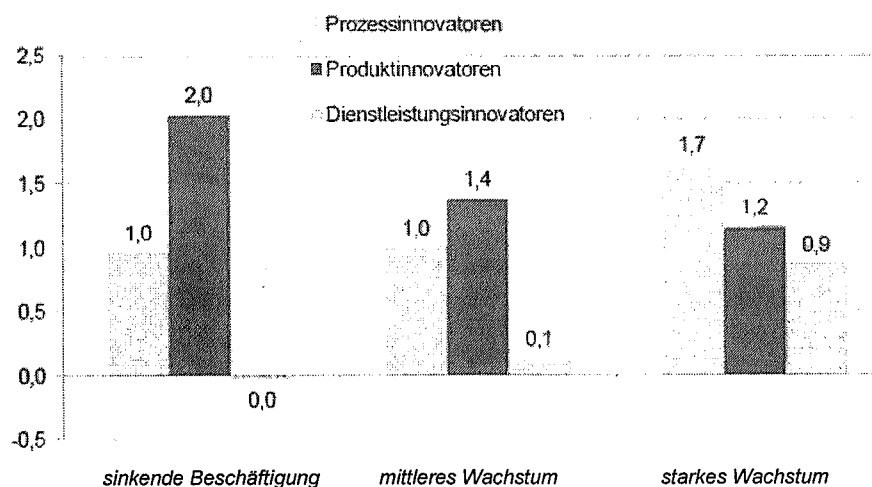
Beschäftigungsvorsprung von technischen Innovationen gegenüber Nicht-Innovatoren (in %-Punkten) - bei konstanter Firmengröße.

Kleine Unternehmen erzielen durch Innovation höheres Wachstum

Große und mittelgroße Unternehmen wachsen etwas langsamer als kleine Unternehmen. In der Gruppe der Kleinstunternehmen (1 bis 9 Beschäftigte) weisen Produktinnovatoren eine Wachstumsrate der Beschäftigung zwischen 4 und 4,5 Prozent auf gegenüber 2,3 und 2,7 Prozent bei den Nicht-Innovatoren. Bei großen Unternehmen mit 250 Beschäftigten beträgt die Wachstumsrate der Beschäftigung bei den Produktinnovatoren 3,3 Prozent, bei den Nicht-Innovatoren 1,6 Prozent.

Innovationen erhalten Arbeitsplätze in schrumpfenden Unternehmen

Die positiven Beschäftigungseffekte von Produkt- und Prozessinnovationen lassen sich auch für Unternehmen mit sinkender Beschäftigung nachweisen. Das heißt, dass Innovationen in Unternehmen mit steigender Beschäftigung neue Arbeitsplätze schaffen und auch dem Arbeitsplatzabbau in schrumpfenden Unternehmen entgegen wirken (Verringerung des Beschäftigungsrückganges) und so zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze beitragen.



Beschäftigungsvorsprung von technischen Innovationen gegenüber Nicht-Innovatoren (in %) – nach Beschäftigungswachstum im Unternehmen.

Schlussfolgerungen

Innovation ist ein Schlüssel für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Zudem liegen die Chancen der österreichischen Wirtschaft sowie ihrer Arbeitsplätze im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung im Angebot innovativer und qualitativ hochwertiger Produkte und Dienstleistungen und nicht in einer kostenorientierten Strategie, die auf Massenproduktion und Lohndruck abzielt.

Eine aktive Innovationspolitik ist gerade vor dem Hintergrund eines rauen wirtschaftlichen Umfeldes wichtig, da Investitionen in Innovationen schon in konjunkturell guten Phasen für die Unternehmen ein höheres Risiko bedeuten, als Investitionen in Sachanlagen.

Zu einer aktiven Innovationspolitik gehört:

+ Konjunktur ankurbeln

Bundesministerin Doris Bures: „Innovationen schaffen Jobs – und das ist genau, was wir derzeit brauchen. Insgesamt entstehen in Österreich jährlich rund 19.000 Arbeitsplätze durch Innovationen.“

Eine gute Wirtschaftslage, steigende Beschäftigung und wachsende Einkommen sind also wichtige Treiber sowohl für die unternehmerische Innovationsbereitschaft als auch für die Kunden, die angebotenen neuen Produkte und Dienstleistungen auch tatsächlich zu erwerben. Auch aus der Perspektive einer steigenden Innovationsdynamik ist es daher ein Gebot der Stunde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern und damit die Erwartungen in die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Die von den Arbeitnehmerorganisationen geforderte steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen kann dazu etwa auch einen großen Beitrag leisten.

+ Noch effizientere Innovations- und F & E-Förderung

Bundesministerin Doris Bures: „Ein Land wie Österreich kann im Wettbewerb mit Niedriglohnländern nur über die Qualität und über den technologischen Vorsprung bestehen. Daher lassen wir auch in der Technologieförderung nicht locker, sondern stocken die Mittel für die angewandte Forschungsförderung auf. Schon jetzt investiert das BMVIT jährlich rund 500 Mio. Euro in die Förderung der angewandten Forschung. In den nächsten vier Jahren nehmen wir zusätzlich noch 110 Millionen Euro in die Hand.“

„In Zeiten knapper Budgets darf nur Geld kosten, was Wachstum und Beschäftigung ankurbelt. Investitionen in Forschung, Technologie und Innovation gehören da definitiv dazu. Denn insgesamt sind 35 Prozent aller neuen Arbeitsplätze in Österreich auf Innovationen zurückzuführen“, so Bures weiter.

Die österreichische Bundesregierung hat im März 2011 eine Strategie für Forschung, Technologie und Innovation beschlossen, welche ein Bekenntnis für die Bedeutung von Innovationen für Österreich darstellt. Manches wurde bereits sehr erfolgreich angegangen, vieles ist aber noch offen.

Dabei geht es beispielsweise um eine effiziente und effektive Innovations- und F&E-Förderung, die Schaffung geeigneter Infrastruktur für Forschung und Lehre, innovationsfördernde öffentliche Beschaffung, etc. Die steuerliche Forschungsförderung sollte, auch auf Unternehmensebene, evaluiert werden. Der direkten Förderung sollte der Vorzug gegeben werden.

+ Einbindung der MitarbeiterInnen

Die Europäische Kommission hat im „Grünbuch Innovation“ festgehalten, dass Innovation dem Wesen nach ein kollektiver Prozess ist und daher die **Motivation und Beteiligung der ArbeitnehmerInnen** für den Erfolg unabdingbar ist. Technik ist in einem hohen Maße gestaltbar! Es gibt nie nur eine mögliche Variante einer Innovation.

AK Präsident Rudi Kaske: „Daher stellt die Einbindung der ArbeitnehmerInnen bzw. der Arbeitnehmervertretungen sowohl auf betrieblicher wie auch auf überbetrieblicher Ebene ein entscheidendes Fundament einer erfolgreichen Innovationspolitik dar.“

+ Investitionen in Aus- und Weiterbildung

Kaske: „Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer innovationspolitischen Strategie sind entsprechende Investitionen in den Aus- und Weiterbildungssektor.“

Österreich ist erfolgreich auf Branchen spezialisiert (z.B. Automobilzulieferer, Maschinenbau), die vor allem berufsspezifische Qualifikationen benötigen, also Lehre und berufsbildenden höheren Schulen. Berufsübergreifende Fähigkeiten sind aber ebenso wichtig bei der Einführung neuer Querschnittstechnologien und bei F&E.

Kindergartenausbau

Kaske: „Begrüßenswert ist das Bekenntnis der Bundesregierung, die AK-Forderung nach je 100 Millionen Euro im Jahr in den kommenden vier Jahren für den **Ausbau der Kinderbetreuung** umzusetzen. Es ist bekannt, dass der Besuch der ersten Bildungseinrichtung die Bildungschancen wesentlich erhöht. Zudem werden Arbeitsplätze geschaffen, was wiederum die Konjunktur ankurbelt.“

Hochschulsektor

Die in Österreich bekanntermaßen geringe Zahl von Universitäts- und FachhochschulabsolventInnen (im internat. Vergleich) stellt für die wachsende Zahl innovationsintensiver Unternehmen eine ernst zu nehmende Innovationsbarriere dar.

Kaske: „Nötig sind zusätzlich 2 Milliarden Euro für den Hochschulsektor.“ Damit wären 2 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2012 erreicht. Dazu gibt es eigentlich eine Festlegung der Bundesregierung, Schritte noch in dieser Legislaturperiode zu setzen, dass dieses Ziel 2020 erreicht wird.

Damit soll auch der **Fachhochschulsektor** weiter ausgebaut werden, konkret sollten die **MINT-Berufe** forciert und berufsbegleitende **Lehr- und Studiengänge** ausgebaut werden.

AK Präsident Rudi Kaske fordert: *

- „Es braucht einen mehrjährigen Fachhochschulplan.“
- „Ausbau der FH-Studienplätze von derzeit 41.000 auf 60.000 Plätze im Jahr 2010. Dazu sind jährlich 1.350 AnfängerInnenplätze zusätzlich nötig. Derzeit sieht das Wissenschaftsministerium die Schaffung von nur 500 neuen Plätzen für die kommenden zwei Jahre vor.“
- „Der Fördersatz für FH-Plätze soll von derzeit durchschnittlich 7.000 Euro jährlich um 7,5 Prozent auf durchschnittlich 7.500 Euro erhöht werden.“

Weiterbildung

Kaske: „Ein Defizit gibt es im Bereich **Weiterbildung** – diese wird zwar als wichtig angesehen, hat aber in der Praxis nicht diesen Stellenwert. Hier braucht es von den Unternehmen selbst mehr Anstrengung.“ Der Zugang zur Weiterbildung soll für alle ArbeitnehmerInnen gleich sein. Hier zeigen internationale Studien, dass in Österreich Ältere und gering Qualifizierte benachteiligt sind.

„Für die Umsetzung von Prozessinnovationen ist der **Zugang zu betrieblicher Weiterbildung** entscheidend. Hier fordert die AK eine Arbeitswoche pro Jahr innerhalb der bezahlten Arbeitszeit“, sagt Kaske.

Positiv ist die seit 1. Juli 2013 gültige **Bildungsteilzeit**, die von der AK gefordert wurde. Damit wurde eine neue Möglichkeit zur Erlangung einer formalen Höherqualifizierung durch Reduzierung der Arbeitszeit geschaffen.

Kaske: „Jetzt liegt es an den ArbeitgeberInnen dies den ArbeitnehmerInnen auch zu ermöglichen, da es ja keinen Rechtsanspruch gibt.“